



**Dr. Birgit Reinemund**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## zu Protokoll

### **Rede Dr. Birgit Reinemund, MdB am 4.März 2010 zu TOP 19, Antrag der Linken: „Für eine Verstetigung der Kommunalfinanzen – Die Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln“**

**Dr. Birgit Reinemund, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73651  
Fax: +49 30 227-76652  
birgit.reinemund@bundestag.de

**Wahlkreisbüro :**  
T6, 19  
68161 Mannheim  
Telefon: +49 621-12827-113  
Fax: +49 621-12827-167  
birgit.reinemund@wk.bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Finanzausschuss

Homepage: [www.birgit-reinemund.de](http://www.birgit-reinemund.de)

Anrede,  
einer Feststellung im Antrag der Fraktion die Linken kann ich vorbehaltlos zustimmen: Viele Städte, Gemeinden und Landkreise befinden sich in einer dramatischen Haushaltslage. Da haben Sie völlig recht. Nur: Sie ziehen die falschen Schlüsse daraus!

In typischer Manier linker Ideologie sehen Sie die einzige Lösung in zusätzlichem Abkassieren von Steuerzahlern – hier Unternehmern und Freiberuflern, indem Sie EINFACH die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer verbreitern und weitere Berufsgruppen gewerbesteuerpflichtig stellen. Das bedeutet für viele Unternehmen schlicht eine Steuererhöhung – und dies mitten in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Damit werfen Sie lediglich frisches Geld in ein unzuverlässiges System und entziehen so den Betrieben Kapital, welches diese dringend für Investitionen benötigen, die letztlich auch den Kommunen zugute kämen.

Die im Grundgesetz Artikel 18 Absatz 2 gesicherte kommunale Selbstverwaltung müssen wir auf eine stabile, verlässliche finanzielle Grundlage stellen. In der Krise hat sich erneut gezeigt, dass die extrem konjunkturabhängige Gewerbesteuer dazu nicht geeignet ist.

Zur Verdeutlichung: in Deutschland schwankte das Gewerbesteueraufkommen im Zeitraum von 1999 bis 2008 zwischen 27,06 Mrd. Euro und 41,037 Mrd. Euro mit einem Einbruch auf 23,49 Mrd. Euro im Jahr 2002.

2009 erlebten wir einen Konjunkturerinbruch von 5 Prozent. Der Deutsche Städtetag schätzt gleichzeitig einen Rückgang bei der Gewerbesteuer 2009 von durchschnittlich 18,3 Prozent brutto, 17,4% netto, wobei die einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich betroffen sind – mit teilweise über 40 Prozent Gewerbesteuermindereinnahmen z.B. in der VW-Stadt Wolfsburg. Diese Zahlen sind ein eindeutiges Zeichen, die Schwankungsbreite ist enorm und unkalkulierbar für die Kommunen.

Neben den konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen ist eine Hauptursache für die Finanznot der Kommunen auf der



Ausgabenseite zu suchen. In den letzten Jahren wurden – vor allem unter Rot-Grün– ihnen zunehmend Aufgaben vom Bund übertragen, ohne ausreichende Kostenübernahme zu gewährleisten. Kosten für die Unterkunft von Hartz IV-Empfängern, Eingliederungshilfe, Grundsicherung im Alter und das Tagesbetreuungsausbaugesetz verursachen enorme Kosten für die Kommunen. Wir brauchen eine stärkere Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips auf der Ausgabenseite, damit wieder gilt: “Wer bestellt, bezahlt“.

Angesichts dieser Tatsache sollten wir uns über eine grundsätzliche Strukturreform der kommunalen Steuereinnahmen Gedanken zu machen, anstatt ein marodes, labiles System weiter aufzublähen. Das Herumdoktern an einem kranken System bringt den Kommunen keine Linderung.

Ich begrüße daher, dass die Gemeindefinanzreform jetzt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das erste Treffen der Kommission aus Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden am heutigen 4. März 2010 ist ein erster wichtiger Schritt. Dabei erwarte ich, dass alle Beteiligten vorurteilsfrei, ergebnisoffen und zielorientiert in die Diskussion eintreten.

Ich erinnere daran, dass die FDP seit Jahren fordert, die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer zu ersetzen, mit eigenem Hebesatzrecht für die Kommunen.

Dieses Hebesatzrecht schafft echten Wettbewerb zwischen den Gemeinden und Transparenz und Entscheidungsfreiheit für Bürgerinnen und Bürger. Es sorgt so für Kostenbewusstsein und eine effiziente Mittelverwendung. Mittels eines Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer werden alle Bürger und Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung ihrer Gemeinde beteiligt.

Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind weniger konjunkturabhängig und schwankungsanfällig. So ist die Umsatzsteuer im Gegensatz zu allen anderen Steuerarten selbst im Krisenjahr 2009 sogar leicht gestiegen. Hätten sie früher auf die FDP gehört, sähe es heute bei den Gemeindefinzen anders aus.

Nicht zu vergessen: Grundlage jeder Steuereinnahme ist wirtschaftlicher Erfolg, sind Arbeitsplätze und Wachstum. Wir haben mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz einen ersten Schritt unternommen, um die Konjunktur zu stärken. Jede verhinderte Insolvenz, jeder erhaltene Arbeitsplatz kommt direkt auch den Kommunen zugute und spült Steuern in die leeren Kassen. Das vergessen unsere Kritiker oft. In diese Richtung muss



es weiter gehen. Erwirtschaften statt abkassieren und umverteilen ist die Devise!